

Schweizerische Sozialdemokratie : dein Staat

Autor(en): **Vogel, Paul Ignaz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **59 (1980)**

Heft 9

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347728>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Schweizerische Sozialdemokratie: Dein Staat

Die schweizerische Sozialdemokratie will mit ihrer Bankeninitiative den internationalen Finanzplatz Schweiz mehr in den Griff bekommen und stellt den Werkplatz Schweiz in den Vordergrund. Während der Bankenaﬀäre von Chiasso lief die Unterschriftensammlung für diese SPS-Initiative.

Schützenhilfe für die Argumentation zugunsten dieser Bankeninitiative sollte auch die Verhaftung von zwei französischen Agenten durch die Schweizer Polizei im Bahnhof Basel SBB geben; diese hatten schweizerische Banken im Auftrag des französischen Staates ausspioniert. Noch bevor das zuständige Gericht Recht gesprochen hatte, kritisierte die SPS den Grundsatz, man hänge den Kleinen, die Grossen lasse man laufen.

Die Stellungnahme unserer Landespartei liess aufhorchen. Zur Zeit eines Wirtschaftskrieges, der vor unseren Landesgrenzen nicht haltmacht, ist es tatsächlich für uns Sozialdemokraten mitunter schwer, Sympathien für die Schweizer Banken und die bestehenden Bankgesetze zu haben. Diese Gesetze wollen wir ändern. Dazu brauchen wir jedoch für den Plausibilitätstest keine Tätigkeit von ausländischen Agenten, auch keine EG-Wirtschaftsspione, die im Auftrag eines fremden Staates Dinge bei uns auskundschaften, die nicht unsere Sympathie geniessen, aber immer noch rechtens sind.

Mit der Aﬀäre der französischen Zöllner ist wieder die Frage nach der Grenzziehung aufgetaucht, die Gretchenfrage an die schweizerische Sozialdemokratie: Wie hält sie es eigentlich mit dem vorbehaltlosen Bekenntnis zur schweizerischen Eigenstaatlichkeit?

Diese Diskussion über das Verhältnis der schweizerischen Sozialdemokratie zum Staat ist alt: Früher betraf sie vor allem das Problem der Volksbewaﬀnung, der Landesverteidigung.

Für Eroberung politischer Macht in Gemeinde und Staat

1910 gab *Herman Greulich* ein Papier im Namen der Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich heraus, mit dem er einen anarcho-syndikalistischen Kongress in Biel kritisierte. Greulich schrieb: «Die Stellungnahme unserer Partei vom 11. Februar 1906 in Olten ist klar und bestimmt: Grundsätzlich Abschaffung aller Kriegsmöglichkeiten und Kriegsmittel. Solange das noch nicht erreicht» ist, bleibt uns nur die Anerkennung eines Volksheeres, das ausschliesslich der Verteidigung des Landes dient.¹

Der während des Ersten Weltkrieges herrschende Militarismus des deutschfreundlichen Generals Wille, schliesslich die Streikerfahrungen unmittelbar nach dem Krieg und der Einsatz schweizerischer Truppen

gegenüber schweizerischer Bevölkerung verstärkten den Trend der schweizerischen Sozialdemokratie zum Antimilitarismus.

In Vorbereitung des Parteitages der schweizerischen Sozialdemokratie im Jahre 1917 während des Krieges, der auch «Militärparteitag» genannt wurde, gab Robert Grimm ein Schriftchen unter dem Titel «Ab Traktandum mit Militärfrage?»² heraus, in dem er den Meinungskampf wie folgt umriss: «Ein Mitglied der Kommissionsminderheit hat es in der Parteipresse klar ausgesprochen: In einem Moment, ‚wo die elementare Vorsicht die Verstärkung des Grenzschutzes unseres Landes gebietet‘, hat die sozialdemokratische Partei zu schweigen. Das ist die Proklamierung des verkappten Burgfriedens, der durch die Beschlüsse unserer Parteitage den sozialistischen Parteien des Auslandes wiederholt als Verrat am Sozialismus, an den heiligen Interessen der Arbeiterklasse angekreidet wurde.»

Die weitere Entwicklung brachte die Kommunisten in die III. Internationale und zumindest für zwei Jahrzehnte der schweizerischen Sozialdemokratie den Meinungskampf, ob in einem gewissen Mass oder vorbehaltlos der schweizerische Staat zu bejahen sei, weil er noch bürgerlich beherrscht war.

Der unaufhaltsame Aufstieg des Adolf Hitler

Die schweizerischen Grenzbahnhöfe haben schon oft die direkten Spannungen reflektiert, die in Europa herrschten. Berüchtigt waren sie auch während des Aufkommens und der Herrschaft des «Dritten Reiches» von Adolf Hitler, als Anhänger der «neuen Ordnung» als Propagandisten, Agenten, Parteileute oder künftige Terroristen eingeschleust wurden. Die schweizerische Sozialdemokratie empfand damals gegenüber dem Hitlerischen Nationalsozialismus Abscheu, sie war auch aufs schwerste bedroht. Die Angst unter den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei nahm immer mehr zu. Es tauchte auch die Frage nach der Abwehr gegenüber der nazistischen Bedrohung auf. Sollten eigene staatliche militärische Mittel schliesslich begrüsst werden? Sollte man von einer internationalistischen und allgemein pazifistischen Linie abkommen, dem hohen Idealismus zum Trotz Realist werden?

Nacht war es über Europa geworden.

Das Jahr 1937 hatte die Verdüsterung der internationalen Lage gebracht.

Im «Dritten Reich» wurde zu Beginn des Jahres das Ermächtigungsgesetz um vier weitere Jahre verlängert. Der italienische Faschistendiktator Mussolini besuchte Deutschland. Hitler bekannte sich in den sogenannten Hossbach-«Protokollen» dazu, die «deutsche Raumnot» auf dem Wege der Gewalt zu lösen, und nannte die ersten Nahziele: Österreich und die Tschechoslowakei.

Auch das totalitäre Regime des Josef Stalin hatte in der Sowjetunion bereits seinen Schrecken verbreitet. 1937 wurde die Rote Armee von Sta-

lin «gesäubert». Marschall Tuchatschewskij und andere hohe Militärs der Roten Armee kamen vor Sondergerichte, wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Es war somit der Moment gekommen, wo auch in der Schweiz sowohl für Bürgerliche als auch für Sozialdemokraten die Frage nach der geistigen und politischen Grenzziehung aktuell geworden war: für die Bürgerlichen gegenüber dem nazifreundlichen Frontismus und für die Sozialdemokraten gegenüber der internationalen kommunistischen Bewegung und ihrem «Bollwerk Sowjetunion».

Schweizer Sozialdemokraten auf Sowjetkurs

In diesem bewegten Jahre 1937 nahm die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zum Thema «Zwanzig Jahre Sowjetunion, 1917 bis 1937» auf der Frontseite der Berner «Tagwacht» am Samstagabend, dem 6. November, Stellung. Auch war ein beschönigendes «sowohl-als auch» eingeflochten worden: «Die Arbeiter aller Länder ersehnen aber auch den Tag, da die Sowjetunion und die Dritte Internationale auf das Regime der Diktatur und die Propaganda der Gewalt endgültig verzichten, den Weg der wahren proletarischen Demokratie beschreiten und damit die Wiedervereinigung der sozialistisch denkenden Werktätigen der Welt ermöglichen.»

Ausser dieser bescheidenen Kritik enthielt denn diese politische Erklärung der SPS viel Lob auf die Sowjetunion. Einige Lesefrüchte mögen dies andeuten: «Die Arbeiterklasse der Welt hat keinen heisseren Wunsch, als dass die russische Revolution ihren Weg siegreich vollende, den Stürmen der Weltkrise wie den Angriffen des Kapitalismus trotzend.»

Die Berner Sozialdemokraten durften auf der Frontseite ihres Leibblattes, zwar zuerst einschränkend, vernehmen: «Noch heute, zwanzig Jahre nach dem Sieg der sozialen Revolution, zeitigt die Methode der Diktatur ihre giftigen Früchte – gerade heute, da durch den Willen eines Einzigen, der Partei und Staat beherrscht, Unzählige hingerichtet werden, die, einst Vorkämpfer der Revolution und Mitarbeiter Lenins, nun in schärfster Opposition zum Regierungskurs standen.» Dann aber brach der Hymnus auf die Sowjetunion um so stärker hervor. Die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz schrieb zum sowjetischen Revolutionsjubiläum: «Und dennoch – trotz diesen tiefen Schatten, die ihr heutiges Entwicklungsstadium aufweist, ist die Sowjetunion eine ungeheure positive Kraft im Kampfe, der die Welt beherrscht: Faschismus und Kriegstreiberei auf der einen, Demokratie und Frieden auf der andern Seite. An dem gewaltigen Wall des Friedens und des Sozialismus, den die Arbeiter und Bauern der Union aufzurichten im Begriffe sind, werden die vereinigten Mächte der Reaktion zerschellen. An der Seite Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten ist die Sowjetunion heute berufen, die Welt vor

dem Faschismus, die Kultur vor der Zertrümmerung, die Völker vor dem Kriege zu bewahren.»

Dr. Max Weber aus Bern liess diesen Artikel nicht unbeantwortet. Er verfasste einen eigenen unter dem Titel «Unsere Stellung zur Soviet-Union». Am 8. Dezember 1937 erhielt der Berner Sozialdemokrat und Artikelverfasser Max Weber Parteischelte von der Geschäftsleitung der SPS in einem Brief: «Wir stellen in erster Linie mit Bedauern und Erstaunen fest, dass dieser Artikel, der eine scharfe Polemik gegen die Geschäftsleitung der SPS enthält, durch das Gewerkschaftsorgan ‚Die Arbeit‘, das offiziell sämtlichen Gewerkschaftsblättern beigelegt wird, der ganzen schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zur Kenntnis gebracht worden ist.»

Zwei Tage später replizierte Dr. Max Weber in einem vervielfältigten Schreiben³ an die Geschäftsleitung der SPS: «Zunächst möchte ich Euch persönlich kurz meine Meinung sagen über den Aufruf der Geschäftsleitung zum Jubiläum der Soviet-Union. Ich habe jenen Artikel sofort als eine schwere Entgleisung empfunden und ich weiss, dass er in weiten Partei- und Gewerkschaftskreisen nicht nur Erstaunen, sondern Erschrecken und Empörung ausgelöst hat. Jener Aufruf hat direkt einen Teil der positiven Ergebnisse des Parteitages vom 31. Januar zerstört, denn er ist ein Rückfall in die Politik der Zweideutigkeit, unter der die SP nun seit 1920 wahrhaftig lange genug gelitten hat. Auf der einen Seite wird wohl die Diktatur anscheinend abgelehnt, auf der andern aber wird das durch Lobesbezeugungen und Hoffnungen derart verwischt, dass der objektive Leser am Schluss nicht weiss, welches die Einstellung der Geschäftsleitung eigentlich ist. Der Aufruf dient unsern Gegnern als willkommenes Material, um namentlich die Richtlinienbewegung, aber auch die SP zu bekämpfen.»

Richtlinienbewegung und Selbstbehauptung der Schweiz

Unter dem Eindruck der totalitären Bedrohung vermehrte sich auch bei den schweizerischen Sozialdemokraten der Ruf für die Eigenstaatlichkeit, zum Recht auf Souveränität und Selbstbehauptung unseres Landes. Ehemalige innenpolitische Grenzen verwischten; es entstand angesichts der totalitären Bedrohung die sogenannte Richtlinienbewegung, die jeder Diktatur absagte und für Freiheit, Recht, Demokratie und sozialen Fortschritt eintrat.

Am 31. Januar 1937 hatte die Sozialdemokratische Partei der Schweiz an ihrem Parteitag den Beitritt zur Richtlinienbewegung beschlossen. Der Bewegung gehörten auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund an, die Schweizerische Bauernheimatbewegung, der Föderativverband, die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände, der Schweizerische Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter, die Nationale Aktionsgemeinschaft für wirtschaftliche Verteidigung, der Schweizerische Freiwirt-

schaftsbund, die Demokratische Partei des Kantons Graubünden, die Demokratische Partei des Kantons Zürich, die Radikaldemokratische Partei des Kantons Tessin, die Schaffhauser Bauernpartei, der Bund freier Demokraten St. Gallen und die Arbeitsgemeinschaft junger Katholiken in der Schweiz.

Paul Schmid-Ammann beschreibt diesen Zusammenschluss von bürgerlichen und sozialdemokratischen Kräften in den Jahren 1936/37.⁴ Die vier Programmpunkte der Richtlinienbewegung lauteten:

- Vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie, Absage an die Bindung an irgendwelche antidemokratische Organisation.
- Positive Einstellung zur militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung.
- Achtung der religiösen Überzeugungen und des religiösen Friedens.
- Verpflichtung auf ein gemeinsames Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, Lösung der sozialen Probleme, soziale Gerechtigkeit und Solidarität im Wirtschaftsleben.

Ohne diese Richtlinienbewegung wäre das Friedensabkommen der Metall- und Uhrenindustrie, gegen das Frontisten und Kommunisten gleichermassen geiferten, nicht denkbar gewesen, nicht denkbar schliesslich auch die nationale Selbstbehauptung während des Zweiten Weltkrieges, ebenso nicht der Aufbau von modernen Sozialwerken nach dem Zweiten Weltkrieg, der AHV, der Ausbau des schweizerischen Sozialstaates überhaupt.

Hinweise

¹ Zitiert in «zeitschrift neutralität», Nr. 2/1974, S. 11.

² Robert Grimm, «Ab Traktandum Militärfrage?», Bern, 1917.

³ Max Weber, Brief an die GLS SPS, Bern, 10. Dezember 1937.

⁴ Paul Schmid-Ammann, Richtlinienbewegung, Bern, 1937.